

7. Reichsunmittelbarkeit

Die Auseinandersetzungen Hamburgs mit Dänemark hat vor allem mit der Frage zu tun, ob Hamburg als **Freie Reichsstadt** nur dem **Kaiser** untertan, also reichsunmittelbar⁴⁵ ist, oder als in Holstein gelegene Stadt dem König von Dänemark als Herzog von Holstein untertan ist. Dabei ist es aber keineswegs so, dass Hamburg sich immer eindeutig zum Reich bekennt. Als gewichtiges Handelszentrum will die Stadt möglichst unabhängig, also im wahrsten Sinne des Wortes **frei** sein. Aber als wirtschaftlich bedeutende und reiche Stadt weckt sie auch (finanzielle) Begehrlichkeiten. Wiederholt erkaufte sich die Stadt ihre Freiheit, insbesondere durch Zahlungen an dänische Könige oder an Feldherren, die die Stadt bedrohen.

Erbuldigung

Fast alle dänischen Könige fordern von Hamburg die **Erbhuldigung**⁴⁶, die die jeweiligen Kaiser jedoch verbieten.

[L, S.1] *Schon Christian I. forderte 1461 die Erbhuldigung von der Stadt. Hamburg weigerte sich, war aber bereit dem König denselben Respekt wie dem verstorbenen Schauenburger (Adolf VIII.) zu erweisen. Es wird ein Akt der Annehmung vollzogen, ein Handgelöbnis unter Gleichwertigen, nicht um einen Unterwerfungsakt. Der König bestätigt danach alle Hamburger Privilegien, Freiheiten und Gerechtigkeiten.*

*1487 kam es zu einer zweiten Annehmung, die Hamburg Christians Söhnen (Johann I., Friedrich I.) zugestand. Die Hamburger bezeichneten sich aber hier ausdrücklich als **Glieder Holsteins und Stormarns**. Hamburg rückt näher an die Landesherren heran, weil sie **Maximilian I.** (Kaiser 1508-1519) Geld- und Waffenhilfe versagen, was Maximilian 1508 veranlasst, Hamburg vor dem Reichskammergericht wegen Verweigerung von Reichssteuern anzuklagen.*

[K, S.64] *Die Stadt weigerte sich, auch die Leistungen einer Reichsstadt zu erbringen. Ja, sie weigerte sich sogar, das 1495 gegründete Reichskammergericht, die höchste richterliche Instanz des Deutschen Reichs, als für Hamburg zuständig anzuerkennen.*

*1510 erklärten Kaiser Maximilian I. und Reichsstände, dass Hamburg, vom Kaiser mit Gnaden, Privilegien und Freiheiten ausgestattet, „nicht anders dann als für eine Reichs-Stadt zu halten“ sei. Hiergegen erheben der König und sein Bruder Herzog Friedrich von Holstein (der spätere König Friedrich I.) Einspruch, sie werden an das **Reichskammergericht** verwiesen (das erst **1618** ein Urteil fällt).*

⁴⁵ Als reichsunmittelbar, auch reichsfrei, wurden im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Heiligen Römischen Reich diejenigen Personen und Institutionen bezeichnet, die keiner anderen Herrschaft unterstanden, sondern direkt und unmittelbar dem Kaiser untergeben waren. Sie wurden als reichsunmittelbare Stände oder Immediatstände bezeichnet.

⁴⁶ ein ritualisiertes Treueversprechen

[L, S.2] **1538** kommt es zwischen Hamburg und dem ihr wohlwollenden **Christian III.** (König 1558-1588) zu einer dritten Annehmung mit dem Terminus „**Huldigung und Annehmung**“. In dieser Zeit neigt sich Hamburg mehr zu den dänisch-holsteinischen Landesherren als zum Reich. **1548** will Kaiser **Karl V.** endgültige Klarheit über die behauptete Steuerfreiheit, es beginnt ein über 70 Jahre (bis 1618) ein währender **Immediatsprozess**.

Friedrich II. (König 1559-1588) lernen die Hamburger als argen Widersacher kennen, seine Repressalien und Schikanen verbittern die Hamburger, sie rücken von ihm ab, ohne sich dem Reich zu nähern. Sie wollen eine Politik der „Libertät und Neutralität“ betreiben. Sie halten Friedrich 25 Jahre hin, dann stirbt dieser 1588 plötzlich, es kommt nicht zu dem 1588 geplanten Akt der **Annehmung**.

[L, S.3] **Christian IV.** (König 1588-1648) setzt **1603** nach mehreren Versuchen einen Termin für die **Erbhuldigung** fest, obwohl der Kaiser diese gegenüber beiden Parteien verbietet. Es kommt zu einem **Annehmungsakt**, umrahmt durch ein mehrtägiges, aufwendiges Fest mit Ritterspielen und Paraden. Der Grund für die Bereitschaft Hamburgs besteht darin, *dass sie ihren nordischen Handel durch Christian bedroht sahen und um ihre Handelsprivilegien in Dänemark und Norwegen bangten.*

[C, S.370] *Es wurde dem Rath und der Bürgerschaft in der Tat schwül dabei zumute, und man ließ von allen Kanzeln zu Gott um einen glücklichen Ausgang dieser Angelegenheit beten.*

[C, S.371] **Christian IV.** versuchte **1603**, im Rahmen eines prunkvollen einwöchigen Besuches von Hamburg deren **Erbhuldigung** zu erlangen und sich als Schutzmacht Hamburgs zu etablieren⁴⁷.

Im Rathaus⁴⁸ kam es dann zu einer großen Versammlung, in der zunächst das Begehren des Königs und des **Herzogs Johann Adolf**⁴⁹ von Holstein ausgesprochen wurde. Der wortführende Bürgermeister antwortete:

Nadem Ju Königl. Majestäten tho Dänemarken und förstliche Gnaden tho Holsten.... in düsse gude Stadt gekamen sünd, so erschienen wy Börgermeister und Rath sampt dem Uthschote der gemenen Borgerschaft, und bekennen uns tho wesende Glethmaten der Förstendomer Holsten und Stormarn und Willen uns by Ju Königl. Majestäten und förstliche Gnaden in allen gebörliken Saken (!) gelyk als frommen Lüden by öhren nathurliken gebohrenen Landesförsten unde Herren geböhret, und über Vorfahren alle Tydt geholden hebben. Bidden also, dat wy by unsen Privilegien, Gerechtigkeiten und olden geböhrliken Gewohnheden bliven und gelaten werden...

⁴⁷In *Otto Beneke*, *Geschichten und Sagen* 86, sehr ausführlich beschrieben.

⁴⁸Dort, wo heute das Gebäude der Patriotischen Gesellschaft liegt, befand sich das 1290 erbaute **Rathaus** mit einem prunkvollen, 1602 errichteten Anbau.

⁴⁹Herzog von Holstein-Schleswig-Gottorf

Nach dieser Rede haben sich die hohen Herren und der Rath sämtlich einander die Hände zur Besiegelung des Bündnisses gereicht, und letztere eine schriftliche Konfirmation der alten Privilegien im Original entgegengenommen. Es war somit nichts anderes geschehen, als was auch die alten vorsichtigen Vorfahren zum öfteren notgedrungen getan. In den Rechten war nichts vergeben und nur ein Schutzbündnis geschlossen.

[G3, S.182] *Christian IV. verlangte 1601 trotz kaiserlicher Abmahnung die Erbhuldigung. 1603 kam es zu einer Annehmungsfeierlichkeit mittelst Handschlag und zu einer üblichen Bestätigung der Hamburgischen Freiheiten unter großen Festlichkeiten. Der König verzichtete 1608 auf die verlangte Einlösung des Schauenburger Zolls.*

Das Reich

Unter den Habsburgern **Maximilian I.** (Kaiser 1508-1519) und **Karl V.** (Kaiser 1530-1558) kommt das Kaisertum nach seinem Niedergang wieder zu Anerkennung, das Amt des Kaisers wird fest mit der neu geschaffenen Reichsorganisation verbunden. Der Reformbewegung entsprechend initiiert Maximilian 1495 eine umfassende Reichsreform. Zwar gelingt es nicht vollständig, diese Reformen umzusetzen, denn von den Institutionen, die aus ihr hervorgehen, haben nur die neugebildeten **Reichskreise** und das **Reichskammergericht** Bestand. Dennoch ist die Reform die Grundlage für das neuzeitliche Reich. Es erhält mit ihr ein wesentlich präziseres Regelsystem und ein institutionelles Gerüst. Der **Reichstag** bildet sich ebenfalls zu jener Zeit heraus und ist bis zu seinem Ende das zentrale politische Forum des Reiches.

Der **niedersächsische Reichskreis** besteht im Heiligen Römischen Reich im Wesentlichen aus den Teilfürstentümern der Herzogtümer **Braunschweig-Lüneburg**, **Mecklenburg-Schwerin**, **Holstein** und den Reichsstädten **Hamburg**, **Bremen** und **Lübeck**. Im Reichskreis sind auswärtige Territorien maßgeblich, die kein Interesse an einer starken Reichspolitik des Kreises haben: Großbritannien („Kurhannover“), Preußen (Erzstift Magdeburg, Hochstift Halberstadt), Schweden (Erzstift Bremen, Verden), Dänemark (Holstein). Daher ist der niedersächsische Reichskreis weniger kaisernah als die anderen Reichskreise.

Neben dem Kaiser haben die **Kurfürsten** des Reiches die größte Macht. Sie wählen den Römisch-Deutschen König. Kaiser Karl IV. lässt 1356 die genauen Rechte und Pflichten der Kurfürsten und das Verfahren der deutschen Königswahl, die sich bis dahin gewohnheitsrechtlich herausgebildet haben, in der **Goldenen Bulle** endgültig rechtlich fixieren. Die Bulle erfüllt ihre befriedende Wirkung und bildet bis 1806 die Grundlage der Verfassungsordnung des alten Reichs.



Hamburg versucht wiederholt eine Schaukelpolitik zwischen Reich und Dänemark:

[C, S.346] 1570 verlangte Herzog Adolf von Holstein, ein Halbbruder Christians III., in Speyer in einer kaiserlichen Ratsversammlung die holsteinischen Hoheitsrechte über Hamburg, das ein holsteinisches Nesselblatt im Wappen führe und auf stormarnscher Erde liege. Die Hamburger Vertreter konnten dies jedoch abwehren, indem sie Hamburg als eine eher kaiserliche als eine holsteinische Stadt bezeichneten.

[C, S.373] Auf der anderen Seite war Hamburg eine kaiserlich freie Reichsstadt, und als diese zahlte sie dem Kaiser Rudolf II., der Abmahnungsschreiben von Prag aus nach Hamburg schickte, sich nicht dem Willen der dänisch-holsteinischen Fürsten zu fügen, im Jahre 1605 eine Türkensteuer in Höhe von 35.000 Mark. Hamburg sollte sich allein als nur unter kaiserlichem Schutz stehend betrachten und alle Lasten und Abgaben als eine kaiserliche Reichsstadt zu tragen habe. Die geplagte Stadt saß seit Jahrhunderten zwischen zwei Freunden in der Klemme, von denen der eine die Hand in ihrer rechten und der andere in ihrer linken Tasche hatte, und dabei musste sie immer gute Miene zum bösen Spiel machen, ja gelegentlich sogar mit Turnieren und Festivitäten aufwarten. Wahrlich, die Vorfahren haben sich um unsere bisschen Freiheit bitter sauer werden lassen müssen und ihre Furcht vor der irdischen Krone möge ihnen durch eine himmlische vergolten werden.

[G3, S.403] Inzwischen (1713) drang nun Graf Schönborn auf Zahlung der Reichssteuer und drohte sogar, dass der Kaiser Dragoner ins Stadtgebiet zur Exekution senden werde.

Im folgenden Jahr (1714) zankte sich Hamburg mit des Kaisers Minister wegen des sehr dringlich für 1714 geforderten Reichscontingentes. Zugleich verlangte das niedersächsische Kreisdirectorium von der Stadt die zum Türkenkriege bewilligten 50 Römermonate.

Der Rat sucht wiederholt die Unterstützung des Kaisers bei Konflikten mit der Bürgerschaft, er ist kaiserfreundlicher als die Bürgerschaft, die folgerichtig von Dänemark beeinflusst wird:

[G3, S.410, 1735?] Der Rat beschuldigt den dänischen Gesandten, versucht zu haben, die Bürgerschaft zu überreden, der Rat habe die Misshelligkeiten mit Dänemark bloß angefangen, um sein Ansehen zum Nachteil der Freiheit und Rechte der Bürgerschaft zu erhöhen. Die Bürgerschaft werde sich gut dazu stehen, wenn sie auf die Reichsunmittelbarkeit verzichte und sich unter dänischen Schutz stelle.

Die folgenden Kaiser haben Hamburgs Politik beeinflusst (in Klammern die Regierungszeit):

Friedrich Barbarossa bzw. **Friedrich I.** (1155-1190) stellt 1189 einen (gefälschten?) Freibrief für Hamburg aus. Eine Statue von ihm befindet sich am südlichen Ende der Brooksbrücke

Friedrich III. (1452-1493) erteilt Hamburg 1482 Privilegien und erhebt die Grafschaft Holstein zum Herzogtum.

Maximilian I. (1508-1519) erklärt Hamburg auf dem Reichstag zu Augsburg 1510 zur Freien Reichsstadt

Maximilian II. (1576–1612) verbietet die Erbhuldigung Hamburgs für den dänischen König Friedrich II.⁵⁰

Ferdinand II. (1619-1637) erteilt während des 30jährigen Krieges Hamburg 1628 das Elbprivileg, genehmigt jedoch Christian IV. für vier Jahre den Glückstädter Elbzoll und hebt diesen 1636 wieder auf.

Ferdinand III. (1637-1657) war Verhandlungspartner von Christian IV.

Leopold I. (1658-1701) bestätigt **1660** das von Friedrich III. Hamburg 1482 verliehene Privilegium, ferner das 1628 von Ferdinand II. gewährte Elbprivilegium.

Urteil des Reichskammergerichts

1548 beginnt ein Prozess um die Reichsunmittelbarkeit zwischen dem Reichsfiskal einerseits und Hamburg als Hauptbeklagter sowie der dänisch-schleswig-holsteinischen Landesherrschaft auf der anderen Seite. Hamburg will sich jedoch den Lasten einer Reichssteuer entziehen und setzt zunächst erfolgreich auf eine Verzögerungstaktik. Erst das Großmachtstreben **Christians IV.** weckt ein starkes Interesse Hamburgs an einer Reichsunmittelbarkeit und führt zu einer Kehrtwende seiner Politik. Die Stadt spielt dem Reichskammergericht nun gezielt geeignetes Archivmaterial zu.

1618 bestätigt das **Reichskammergericht** nach längerem Rechtsstreit für Hamburg den Status als **Freie Reichsstadt**. Dänemark mit seinem König **Christian IV.** widersetzt sich. Die vom Herzogtum Holstein eingelegte Revision erkennt das Reichskammergericht nicht an. Erst 1768, im **Gottorper Vertrag**, erkennt Dänemark das Urteil des Reichskammergerichts an.

[L, S.7] *Das Urteil, das das Reichskammergericht 1618 fällt, stand am Ende des großen Immedietätsprozesses, der 1548 eröffnet worden war. Kaiser und Reich hatten Hamburg verklagt, es verweigere die Übernahme der schuldigen Reichslasten. 1551 hatten die Hamburger die dänisch-holsteinische Position bezogen. Ihre Haltung war von dem guten Verhältnis zu **Christian III.** bestimmt worden. Als dann unter **Friedrich II.** die Bedrängungen eingesetzt hatten, hatte Hamburg die vorher betonte dänisch-holsteinische Oberhoheit bestritten, ohne die kaiserliche Hoheit anzuerkennen.*

*Nach eingehenden Beratungen im Winter 1617-18 kam der Senat angesichts **Christians IV.** Großmachtplänen in Norddeutschland und fortgesetzten Willkürmaßnahmen gegen den Hamburger Handel zu dem Schluss, sich den Rückhalt des Reiches zu sichern.*

⁵⁰ [C, S.341] Glücklicherweise legte sich Kaiser Maximilian II. ins Mittel, indem er einen Befehl an Friedrich ergehen ließ, die Stadt bei Strafe von 50 Mark löthigen Goldes in Ruhe zu lassen, und Hamburg wurde bei gleicher Strafe angewiesen, die Huldigung nicht zu leisten.

[L, S.8] *Das Gericht entschied, die Stadt sei „Ihr Kaiserlichen Majestät und dem Heiligen Reich zuständig, unterworfen und verwandt“ und habe deshalb alle schuldigen Reichslasten zu tragen.*

*Aber weder **Christian IV.** noch Herzog **Friedrich III. von Holstein-Gottorp** waren bereit, das Urteil anzuerkennen, sie legten Revision ein, rechtlich unklar war aber, ob dies eine Suspensivwirkung hätte – was die Reichsspitze negiert.*

Vertrag von Steinburg 1621

[L, S.19/20] *Als Christian im Rahmen des Elbzolls Hamburg und seinen Handel durch Truppen und Kriegsschiffe bedroht, hielt es der Rat für geboten, eine Aussöhnung herbeizuführen, die mit Zugeständnissen in der Immedietätsfrage erkaufte werden konnte.*

*Im Juli 1621 wird der **Vertrag von Steinburg** unterzeichnet, in dem sich Hamburg verpflichtet, solange die dänisch-holsteinische Revision gegen das Reichskammergerichtsurteil von 1618 schweben würde, den Status, den es „**bey vorigen regierenden herzogen zue Holstein zeiten**“ gehabt hatte, ungeschmälert beizubehalten und nichts zum Nachteil des Hauses Holstein zu unternehmen. Hamburg versprach, bis zur endgültigen Klärung des Streites um die Immedietät devot beim Hause Holstein zu bleiben und den Erben des Königs von Dänemark und des Herzogs von Holstein (-Gottorf), „**die gewöhnliche huldigung un annehmung**“ wirklich zu leisten.*

Hamburg sah sich infolge einer militärischen Bedrohung und einer ungünstigen politischen Situation gezwungen, sich selbst seiner günstigen Position im Immedietätsstreit zu berauben.

Es wird die Genugtuung Christians über diesen Vertrag überliefert, er hatte aber auch positive Folgen für die Stadt: Die Gefahr eines dänischen Angriffs war gebannt. Die Handelsbehinderungen von dänischer Seite auf der Elbe wurden eingestellt.

[G3, S.295] *Die Stadt verbindet sich, bis zu der endgültigen Entscheidung der Exemtionssache, Alles im vorigen Stand zu lassen, in untertänigster Devotion, Gehorsam und Dienstfertigkeit gegen das Haus Holstein zu verharren.*



Reichsunmittelbarkeit Hamburgs

Ist **Hamburg** reichsunmittelbar, also als Freie Reichsstadt mit dem Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation (HRR) untergeben? Oder ist **Hamburg** als Stadt in **Holstein** dessen Herzog bzw. dem dänischen König untertan, wie vor 1460 den Schauenburger Grafen? Die **dänischen Könige** fordern eine Erbhuldigung **Hamburgs**. Noch 1487 bezeichnen die **Hamburger** sich als Glieder **Holsteins** und **Stormans**. Auch 1538 ist von einer „Huldigung und Annehmung“ **Hamburgs** durch **Christian III.** die Rede. 1621, im **Steinburger Vertrag**, erkennt **Hamburg** die Landeshoheit **Christians IV.** an.

Zu den wichtigsten **Freien Städten** sowie **Reichsstädten** gehören die Hansestädte **Bremen** (ab 1186), **Hamburg** (ab 1510, nach Ansicht des Kaisers) und **Lübeck** (ab 1126), sowie die alte Kaiserstadt **Aachen** (ab 1186), **Köln** (ab 1475 mit ca. 40.000 Einwohnern die größte Stadt des Reiches), **Frankfurt** (ab 1356), **Speyer** (ab 1182), **Worms** (ab 1184), **Regensburg** (ab 1230), **Nürnberg** (ab 1219), **Ulm** (ab 1184) und **Augsburg** (ab 1276). Die Reichsstädte haben häufig einen **Reichsadler** im Wappen.

Heutige Stadtwappen mit Reichsadler



Aachen



Köln



Nürnberg



Lübeck

Hamburg hatte nie einen Reichsadler im Stadtwappen.

Hamburg gehört dem **niedersächsischen Reichskreis** an. Ihm gehören die Herzogtümer **Braunschweig-Lüneburg**, **Mecklenburg-Schwerin** und **Holstein** sowie die **Reichsstädte** **Hamburg**, **Bremen** und **Lübeck** an.

1510 Auf dem Reichstag zu **Augsburg** wird **Hamburg** von Kaiser Maximilian I. und den gesamten Reichständen zur **freien und unmittelbaren Reichsstadt** erklärt. **Dänemark** erkennt diese Erklärung nicht an.

1618 bestätigt das **Reichskammergericht** in dem seit 1548 anhängigen Rechtsstreit den Status **Hamburgs** als **Freie Reichsstadt**. *Die Stadt sei „Ihr kaiserlichen Majestät und dem Heiligen Reich ohne Mittel zuständig, unterworfen und verwandt“.*

Dieser Spruch wird von **Dänemark**, das **Hamburg** weiterhin als Teil **Holsteins** ansieht, nicht anerkannt. Die später vom **Haus Holstein** gegen das Urteil eingelegte Revision wird vom Reichskammergericht nicht zugelassen.

Will **Hamburg** wirklich eine **Freie Reichsstadt** sein? Dies ist mit reichlichen Abgaben verbunden (Türkensteuer, Römermonate). 1548 ist **Hamburg** noch **Beklagter** des **Reichsfiskals** - **Hamburg** will sich der Reichssteuer entziehen. Erst das Großmachtstreben **Christians IV.** weckt ein starkes Interesse **Hamburgs** an einer von **Christian** bekämpften **Reichsunmittelbarkeit** und führt zu einer Kehrtwende von **Hamburgs** Politik. Dies und das ebenfalls umstrittene **Elbprivileg Hamburgs**, das Kaiser Ferdinand II. noch 1628 erneuert, sind die Ursachen für die massiven Konflikte zwischen **Hamburg** und **Dänemark**.

